

Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelschahn, Bensch, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Stauditz, Therna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Erstausgabe wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatlich Mk. 3.—, jährlich Mk. 36.—,
ohne Auslagen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 9.75. Im Falle höherer
Bewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener
keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die halbspaltige Korpuszeile 70 Pfg., auswärts 80 Pfg. An-
wärtiger Zeit Mk. 1.50, Reklamazeile Mk. 1.50. Beilagegebühr pro Bandert Mk. 2.—.
Annahme der Anzeigen bis spätestens 10 Uhr vormittags des Erscheinungstages,
gehört noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen.
Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Günter & Söhne, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 88

Mittwoch, den 27. Juli 1921

32. Jahrgang

Ämtliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 28. Juli 1921, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die deutsche Antwortnote auf die letzte Note Briands ist dem französischen Botschafter in Berlin überreicht worden. Die Note ist die Aufschlüsselung der französischen Note entschieden zurück.

* Die deutsche Regierung hat bei der französischen angefragt, ob die geplante Entsendung einer französischen Division nach Oberschlesien einem Wunsch aller Alliierten entspricht.

* „Daily Chronicle“ erklärt, daß in amtlichen Kreisen von einem angeblichen Memorandum der britischen Admiralität betreffend Belgien nichts bekannt ist.

* Im Laufe des nächsten Monats wird in Brüssel eine katholische Internationale für den Mittelstand gegründet werden. Belgien, Holland, Frankreich und die Schweiz haben ihre Unterstützung bereits zugesagt.

* Die Niederlage der Spanier in Marokko hat sich als ungemessen folgenschwer herausgestellt. Auch der kommandierende spanische General Suñer ist gefallen.

Schlusssdienst.

Drabnachrichten vom 26. Juli.

Gegen die französischen Divisionen.

London. In den „Sunday Times“ wird geschrieben: Die Haltung der französischen Besatzungstruppen in Oberschlesien sei durchaus provozierend, die Entsendung weiterer Truppen werde die Lage verschlimmern und Polen zu einer Haltung ermutigen, die zum Ausbruch führen könne. Neue Unruhen in Oberschlesien würden wahrscheinlich den Sturz der deutschen Regierung herbeiführen; ein Ereignis, das bei der gegenwärtigen Lage katastrophale Folgen haben würde. Wenn Truppen gefandt werden sollen, dann müssen es ebenso englische wie französische sein. Aber englische Truppen würden nicht entsandt werden, bevor der Oberste Rat zusammengetreten ist.

Überprüfung des englischen Kommissars.

London. Die englische Regierung hat den englischen Kommissar in Oberschlesien, Sir Harold Stuart, aufgefordert, dringend nach London zu kommen, um mit der Regierung zu konferieren. Die englische Regierung will ihren Vertreter in Oberschlesien über die Meinungsverschiedenheiten befragen, die zwischen seinen persönlichen Telegrammen und der Note der alliierten Kommission an die Botschafterkonferenz bestehen.

Kommunistische Rundgebung in London.

London. Eine starke Gruppe englischer Kommunisten veranstaltete vor der Kellionsäle eine große Rundgebung. Nach heftigen Angriffen gegen die Regierung wurde eine Entschuldigungsangabe angenommen, die die sofortige Kuberkraftsetzung der außerordentlichen Vollmachten der Regierung und die Freilassung aller gefangenen Kommunisten verlangt.

Baltischer Randstaatenbund.

Rom. Es wurde ein Präliminarvertrag unterzeichnet, der als Grundlage für ein Bündnis zwischen Estland, Lettland und Litauen in politischer, wirtschaftlicher und militärischer Hinsicht (letzteres als Defensivbündnis) zu gelten hat. Die Ritters- und Handelsminister der drei Länder arbeiten in Briga eine wirtschaftliche Konvention aus. In Estland herrscht Verwirrung darüber, obwohl man zweifelt, daß dieser Vertrag für Estland im Falle einer Offensiv-Politik gegen Litauen Bedeutung haben wird.

Zentralamerikanischer Staatenbund.

Washington. Die Verhandlungen über den Abschluß einer Vereinbarung der fünf zentralamerikanischen Republiken Panama, El Salvador, Guatemala, Nicaragua und Costa Rica zu einem einzigen souveränen Staat stehen vor dem Abschluß.

Verschiedene Meldungen.

Stettin. Aus der Werk des Vulkan liefen für den norddeutschen Lloyd zwei in Bremen erbaute Frachtdampfer von je 6000 Tonnen von Stapel.

Großfeld. Zwischen Koccastrada und Saffortino wurden etwa fünfzig Häuser von Kommunisten angegriffen. Ein Haus ist. Die Russen verfolgten die Kommunisten, wobei es noch weitere Tote gab. Einige Häuser von Kommunisten wurden niedergebrannt.

La Paz (Bolivien). Die Regierung hat das Protokoll über die Wiederannahme der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland ratifiziert.

Notenkampf.

Zwischen Paris und Berlin wird wieder einmal hin und her geschossen. Mit diplomatischen Noten natürlich nur, nicht mit weittragenden Kanonen. Was Herr Briand vor acht Tagen Herrn Dr. Rosen über Oberschlesien zu sagen hatte, erforderte eine Antwort, die genau überlegt werden sollte und sich auf vorgängige zuverlässige Erkundigungen stützen mußte. Eine Woche war darüber noch nicht ganz verstrichen, da bekam es der französische Botschafter Laurent schon mit der Ungegend und fragte im auswärtigen Amt nach, ob er nun wohl bald endlich Bescheid

bekommen werde. Insbesondere wollte er wissen, ob Deutschland bereit sei, den Durchtransport einer neuen französischen Division nach Oberschlesien nach Kräften zu erleichtern. Es traf sich gut, daß Herr Dr. Rosen ihm diesmal auf der Stelle antworten konnte. Mit vollem Recht betonte er, daß Deutschland in Oberschlesien es nicht nur mit Frankreich, sondern auch mit den übrigen Entente-Staaten zu tun habe und hat um Beibringung auch der englischen und italienischen Einwilligung zur Verstärkung der jetzt schon vorhandenen Besatzung. Und was Oberschlesien selbst betrifft, so bekam Herr Laurent eine Gegennote eingehändig, mit der sich so ziemlich das ganze deutsche Volk einverstanden erklären wird. Den Franzosen auf polnische Lügenmeldungen gestützten Darstellungen der augenblicklichen Lage in Oberschlesien wird nach Gebühr heimgeleuchtet, die Verantwortlichkeit der Entente für die Zustände im Abstimmungsgebiet noch einmal schonungslos festgelegt und die deutsche Bevölkerung gegen alle ihr unterstellten blutdürstigen Absichten mit Nachdruck in Schutz genommen. Eine ungemein lehrreiche Lektüre für alle diejenigen, denen daran liegt, die Wahrheit über Oberschlesien kennenzulernen. Nur muß man freilich damit rechnen, daß in Frankreich Wahrheitsfälscher dieser Art kaum anzutreffen sein werden.

Die Pariser Presse schäumt vor Zorn. Unverschämte und anmaßende findet sie diese deutsche Antwort, wobei zu bemerken ist, daß sie bisher wohl so ziemlich seit dem ersten Kriegen, den der Weltkrieg uns eingebracht hat, je die deutsche Antwort, die nicht zu den Forderungen der Gegenseite Ja und Amen sagte, unverschämte und anmaßend gefunden hat. Hat sie bisher für Birch und Rosen zuweilen vorsichtige Worte der Anerkennung gefunden, so sieht es jetzt fast so aus, als wolle sie das neueste deutsche Kabinett in die Wollschucht schleudern, zu Fehrenbach und Simons und wer sonst vor diesen das Deutsche Reich zu vertreten hatte. Der Kenner der französischen Volksseele wird sich über diese Wutanstöße nicht wundern. Sie gehören zum Ganzen und können ebenso dazu bestimmt sein, einen als notwendig erkannten Rückzug zu verhalten, wie die eigene Regierung, falls sie entschlossen sein sollte, auf der einmal beschrittenen Bahn zu verharren, in diesem unbilligen Tun nach Kräften zu unterstützen. Welche von diesen beiden Möglichkeiten hier vorliegt, ist im Augenblick noch nicht zu erkennen. Tatsache ist nur, daß in Paris sowohl wie in London im unmittelbaren Anschluß an den Empfang der deutschen Antwort lebhaft diplomatische Verhandlungen eingeleitet haben. Man weiß, daß in Kleinfeld, da in den Hauptzügen des Interessengegensatzes eine Verständigung noch unmöglich erscheint. Vielleicht, daß Frankreich sich endlich mit der Einberufung des Obersten Rates einverstanden erklärt, und daß dafür England und Italien wenn auch nicht eigene Truppen nach Oberschlesien schicken, so doch der neuen französischen Division ihren Segen geben. Frankreich preizt sich, indem es einen etwaigen Verzicht auf Einsetzung einer besonderen Sachverständigenkommission zum genauen „Studium“ der ober-schlesischen Frage als ein wertvolles Zugeständnis an den britischen Standpunkt hinsetzt, um dafür die Gegenseite dem eigenen Machtwillen gefügiger zu machen. Man gewinnt den Eindruck eines Rudhandels, wie er widerwärtiger kaum schon jemals vorgekommen ist, wobei die Anfandigung, daß Frankreich im Notfall auch auf eigene Faust vorgehen werde, einseitigen wohl nur als Schreckmittel zu bewerten ist. Denn einen Bruch mit England wünscht Herr Briand offensichtlich ebenso sehr zu verhindern, wie Lloyd George sich mit Frankreich um Oberschlesien willen nicht verzanfen möchte, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß in Oberschlesien nur die tiefen weltwirtschaftlichen Interessengegenstände zwischen beiden Reichen äußerlich sichtbar in Erscheinung treten. Sie werden, wenn die Färsel über Oberschlesien Schicksal gefallen sind, immer wieder an anderer Stelle sichtbar werden, wobei freilich derjenige Teil, der jetzt nachgibt, seine Lage für später unwiderbringlich verschlechtern würde. Was hier vor sich geht, ist ein Machtkampf, der, zwischen Verbündeten, natürlich nicht durch das Schwert entschieden werden soll. Die Welt ist nur ungemein begierig, zu erfahren, welches friedliche Schlichtungsmittel dafür gefunden werden wird.

Die deutsche Regierung muß sich darauf beschränken, den Rechtsstandpunkt festzuhalten, der ihr durch den Friedensvertrag zugewiesen ist. Sie findet damit in London einigermassen Verständnis, während die Franzosen natürlich rasch damit bei der Hand sind, auch diesen Zustand umzuwälzen. Um zu verhindern, daß ihre Verbündeten in diesem Falle offen für Deutschland Partei nehmen, schreiben sie Herrn Dr. Rosen in bekannter Eilefertigkeit die Absicht unter, zwischen London und Paris Zwietracht zu säen. Die deutsche Regierung ist aber der Meinung, daß der Zwietracht auf der Welt seiner Vermehrung bedarf, und daß andere Kräfte am Werke sind, um immer neues Unglück über die Völker zu bringen. Sie muß es den Alliierten überlassen, wie sie sich in den Schlingen des von ihnen bittersten Friedensvertrages zurechtfinden wollen. Sie selber muß und wird für deutsches Land und deutsches Volk mit den Mitteln des Rechts und der Wahrheit kämpfen, bis die letzte Entscheidung gefallen ist.

Aus dem Wortlaut der Note.

Die wesentlichsten Stellen der deutschen Antwort an Briand lauten wie folgt:

Die deutsche Regierung hält es für unmöglich, daß die Vorstellungen der französischen Note hätten erfolgen können, wenn die französische Regierung über die tatsächlichen Verhältnisse in Oberschlesien zutreffend unterrichtet gewesen wäre. Die Berichte des Generals Le Rond sowie die Mitteilung der polnischen Regierung, auf die sich die von dem französischen Botschafter übergebene Aufzeichnung beruht, decken sich offenbar nicht mit den tatsächlichen Zuständen im Abstimmungsgebiet. Die Lage in Oberschlesien ist in keiner Weise durch das Verhalten der deutschen Bevölkerung bedroht. Diese hat sich niemals mit dem Gedanken eines Aufstandes getragen. Als sie sich Anfang Mai zur Verteidigung zusammenschloß, erfolgte dies nur

in äußerster Notwehr gegen polnische Angriffe.

Die deutsche Bevölkerung denkt überhaupt nicht daran, die Waffe ihres guten Rechts mit der Gewalt zu vertauschen und wünscht nichts sehnlicher, als endlich wieder in Ruhe und Frieden ihrem Berufe ohne Störung durch polnische Gewalttaten nachgehen zu können. Die angeblichen Herausforderungen des Generals Doerfer sind der deutschen Regierung trotz Nachforschungen nicht bekannt geworden.

Der Ausbruch „Bande“ für die aufgeklärten deutschen Selbstschutzbewegungen muß als entwürdigende Bezeichnung mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden. Die Ermordung des Majors Montalagère ist nicht von deutscher Seite erfolgt. In dem Raubverbrechen handelte es sich anscheinend um einen französischen Leutnant, der während des Aufstandes die Übergabe der Stadt Raubor an die Polen eifrig betrieben hatte und schon seit längerer Zeit die deutsche Bevölkerung durch sein Verhalten hart gereizt hat. Mißhandlungen des Offiziers haben nicht stattgefunden. Der angebliche Bombenwurf in der Nähe des Hospitals stellt sich als die Handlung eines Betrunknen dar. So bedauerlich diese Fälle auch erscheinen mögen, so lassen sie die von der französischen Regierung daraus gezogenen politischen Folgerungen nicht zu.

Die deutsche Regierung muß die Verantwortung für den ober-schlesischen Selbstschuß ablehnen.

Der ober-schlesische Selbstschuß hat sich als eine aus dem Zusammenbruch der Bevölkerung hervorgegangene Monochaktion dargestellt, der sich in einem Gebiet gebildet hat, das der deutschen Verwaltung entzogen und der Verwaltung der Interalliierten Kommission unterstellt ist. Nach der erfolgten Auflösung des Selbstschutzes sind seine ober-schlesischen Mitglieder in ihre Wohnstätten zurückgeführt, soweit ihnen dies bei dem immer noch herrschenden polnischen Terror möglich war. Die deutsche Regierung hat die in das unbefestigte Deutschland übergetretenen Teile des Selbstschutzes entlassen. General Doerfer weist nicht in Brigg, sondern in seinem Wohnort Raubor. Während somit eine Gefährdung des Friedens von deutscher Seite keineswegs zu befürchten ist, besteht die ernste Gefahr, daß von polnischer Seite erneut versucht wird, das Ziel zu erreichen, das in drei Aufständen vergeblich angestrebt wurde.

Die Räumung des Gebietes durch die Polen ist nur zum Schein erfolgt.

Infanterietruppen mit schweren Waffen sind über die Grenze gezogen, wo sie, zu neuem Einsatz bereit, in ihren Ausgangsstellungen versammelt sind. Aber innerhalb des Abstimmungsgebietes ist die gesamte militärische Organisation der Infanterietruppen bestehen geblieben. Seitens der französischen Besatzungstruppen, welche gegen die deutschgesinnte Bevölkerung mit Hausdurchsuchungen und Verhaftungen vorgehen, ist für die Entwaffnung der polnischen Infanteristen bisher nichts Durchgeführtes geschehen. Zum Teil sind sogar in den neuereigrichteten Gemeindeführungen Infanteristen mit ihren Gewehren angenommen worden. Wie sehr sich die polnischen Infanteristen als Herren des Landes fühlen, zeigen in vielen Gegenden die Mißhandlungen und Verhaftungen deutschgesinnter Leute. In Schoppinitz besteht heute das Hauptquartier Korfantys in Gestalt einer sogenannten Hauptliquationskommission. Die deutsche Regierung bedauert lebhaft, daß die französische Regierung den vielen augenscheinlich von polnischer Seite ausgehenden falschen Behauptungen Glauben und Beachtung geschenkt hat. Sie gibt sich der Hoffnung hin, daß die französische Regierung auf Grund der obigen tatsächlichen Nichtigstellung der ihr vorliegenden Nachrichten zu der Überzeugung gelangen wird, daß von der Gefahr eines deutschen Aufstandes oder von einer deutschen „Drohung“ nicht gesprochen werden kann. Sie ist ferner der Ansicht, daß die

Bermehrung der französischen Streitkräfte

Schwierigkeit dazu beitragen würde, die infolge der noch ausstehenden Entscheidung naturgemäß gespannte Lage in Oberschlesien zu beruhigen. Die deutsche Regierung hat den Beweis geliefert, daß das Ziel ihrer Politik die Wiederherstellung friedlicher und normaler Beziehungen ist. Die Durchführung des Friedensvertrages hängt aber unter anderem davon ab, ob es gelingt, die Polen dazu zu bringen, ihrerseits den Friedensvertrag zu achten, von dem Streben nach unrichtmässigen Zielen Abstand zu nehmen und auf die Anwendung aller Mittel der Gewalt zu verzichten.

Das Begleitschreiben.

Das dem französischen Botschafter in Berlin zugleich mit der Note zugehende, enthält die sehr wichtige Antwort auf eine Frage des französischen Botschafters, der zu wissen wünschte, ob Deutschland bereit sei, die nötigen Vorkehrungen für den Transport einer französischen Division zu treffen, die die französische Regierung nach Oberschlesien zu senden beabsichtigt. Darauf ist in diesem Schreiben erwidert worden, daß die deutsche Regierung bereit ist, bezüglich der Transporte von Truppen den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages in jeder Weise nachzukommen. Indessen kann ein Ersuchen um Beförderung von Truppen nach Oberschlesien nicht von

einse der drei Mächte im eigenen Namen, sondern nur im Namen der Gesamtheit der drei Mächte, welche die Besetzung Oberschlesiens ausführen, gestellt werden. Es wird daran die Bitte um Auskunft geknüpft, ob das Ergehen in diesem Falle im Namen der drei Okkupationsmächte gestellt ist.

Guter Rat ist teuer.

Untaugliche Vorschläge über Oberschlesien.

Wer das Recht nicht will, hat es gar nicht so leicht, das Unrecht in eine Form zu bringen, der man den wahren Kern und Inhalt nicht sofort ansieht. Friedensvertrag und Volksabstimmung in Oberschlesien haben klar ergeben, daß dieses Land nicht aus seinem Zusammenhang mit Deutschland herausgerissen werden darf. Aber die Franzosen wollen nun einmal den besten Teil davon ihren polnischen Freunden zuschieben, und wenn man das Recht nicht gar zu offenkundig brechen will, versucht man es eben irgendwie zu biegen. Diesem Zwecke sollen einige „Vermittlungsvorschläge“ dienen, die nur den Sinn haben, eine klare und gerechte Entscheidung hinauszuzögern. So wird gemeldet, daß ein englisch-italienischer Vorschlag aus Opatow in Paris eingetroffen sei, in welchem beantragt wird, vor der Entscheidung des Obersten Rates Deutschland und Polen diejenigen Kreise Oberschlesiens zu übergeben, die nicht mehr kritisch gemacht werden können. Die beiden Kommissare sehen in diesem Vorschlag ein Mittel, die internationalen Truppen in den kritischen Kreisen zu konzentrieren und dadurch die Entsendungen von Truppenverstärkungen überflüssig zu machen.

Eine Dauer-Kommission.

Wenn dieser Vorschlag wenigstens noch das eine Gute an sich hat, daß dadurch eine neue Verdrückung der Provinz mit französischen Truppen vermieden werden soll, so muß man doch dagegen Einspruch erheben, daß überhaupt irgendwelche Kreise Oberschlesiens aus dem Abstimmungsgebiet herausgenommen und an Polen gegeben werden sollen. Es gibt keine Kreise, die unstrittig zu Polen gehören, denn das Abstimmungsergebnis kann gerecht nur als Ganzes bewertet werden. Weltbedenklicher erscheint daneben ein anderer Plan, der die gegenwärtige Herrschaft der alliierten Mächte in Oberschlesien auf sehr weite Zukunft hinaus verlängern will. Danach soll Oberschlesien ähnlich dem Saargebiet auch weiterhin von einer Kommission, aus einem Franzosen, einem Engländer, einem Italiener, einem Deutschen, einem Polen und vielleicht auch einem Amerikaner verwalten werden. Diese Kommission würde die Aufgabe haben, Löhne und Preise, Transporttarife festzusetzen, und alle anderen Probleme, die mit dem wirtschaftlichen Leben zusammenhängen, zu behandeln. Das ober-schlesische Gebiet würde

25 bis 40 Jahre unter der Verwaltung stehen. Auch eine solche Lösung würde, falls sie wirklich ernstlich erwogen wird, dem Sinn und Buchstaben des Friedensvertrages widersprechen. Es handelt sich auch dabei um einen untauglichen Verlegenheitsvorschlag, der den Interessen Oberschlesiens selbst, um derenwillen ja der Friedensvertrag angeßchlossen wurde, um derentwillen (1) internationale Verwaltung bis zur Abstimmung einsetzt, der alsbald die Entscheidung folgen sollte. Die Verhandlungen um den Zeitpunkt dieser Entscheidung gehen inzwischen weiter. Nach neueren Meldungen scheint es sogar, als ob man eine Lösung finden wird. Man vermutet, daß Frankreich auf die Sachverständigenuntersuchung verzichten wird, und daß London die Verstärkung der ober-schlesischen Besatzung, um einem Beschluß der Alliierten Nachdruck verleihen zu können, gutheißen wird. Die Sitzung des Obersten Rates soll angeblich in die erste Hälfte des Monats August gelegt werden. Was schließlich wirklich geschehen wird, kann aus diesem Wirrwarr widersprechender Nachrichten kein Mensch erkennen, wohl man es in den maßgebenden Kreisen der Entente doch selbst noch nicht.

Der Transport der französischen Division nach Oberschlesien hat nicht nur in Oberschlesien selbst große Erregung hervorgerufen, sondern auch in Danzig, dessen Hafen als Durchgangspunkt dienen soll, falls die Reise nicht durch Deutschland gehen kann, bereits zu einer Protestbewegung Anlaß gegeben. In einer Versammlung der Funktionäre der Danziger Arbeiterschaft wurde einstimmig scharfer Einspruch gegen die französische Absicht, im Danziger Hafen Truppen zur Unterdrückung des Deutschtums in Oberschlesien auszuladen, erhoben und beschlossen, jede Arbeitsleistung zu verweigern, die irgendwie hiermit in Verbindung steht. Polnisch-französischen Versuchen, wie sie bereits eingeleitet haben, soll durch rücksichtslose Verhaftung begegnet werden. Das Danziger Stadtparlament will gegen diese Pläne bei dem Völkerbund protestieren.

Dr. Schiffer über das Kabinett Birck

Die Politik der Mitte.

Kemfheid, 25. Juli.

Bei einer Versammlung der Deutsch-demokratischen Partei hielt Reichsjustizminister Dr. Schiffer eine Rede über die auswärtige Lage, bei der er auch auf die Lage der jetzigen Regierung unter der Kanzlerschaft Dr. Bircks zu sprechen kam. Dr. Schiffer sagte dabei u. a.:

Der Reichskanzler hat vor einigen Tagen in einer Auseinandersetzung dargelegt, daß der Sturz des Kabinetts drohe, wenn die Regierung in der Aufhebung der Sanktionen und in der ober-schlesischen Frage mit leeren Händen vor den Reichstag treten müßte. Diese Erklärung ist teilweise so aufgelöst worden, als wenn er und die Mitglieder seines Kabinetts für ihre Person nicht geneigt seien, die Verantwortung für die Führung der Geschäfte weiter zu tragen. Diese Auffassung wird den Verhältnissen nicht gerecht. Die Mächte der Entente müssen sich darüber klar sein, wenn sie über die Aufhebung der Sanktionen und die Zuteilung von Oberschlesien entscheiden, daß der Sturz des Kabinetts Birck mehr bedeutet als einen bloßen Personalwechsel. Wenn dieses Kabinett von der Macht der Ereignisse hinweggerafft wird, so wird es keine Regierung geben, die eine ordnungsmäßige Entwicklung durchzuführen kann. Wer soll dann kommen, ein Kabinett der Rechten? Es würde sich nur kurze Zeit halten können. Ein Kabinett der Linken? Es würde das gleiche Schicksal haben. Die Auflösung des Reichstages würde eine Erstarung der Rechts- und Linksparteien sein und eine Zerteilung der Mitte bringen. Wir hätten das Chaos. Es wäre keine Wehrkraft, die die ruhige Entwicklung und den friedlichen wirtschaftlichen Aufbau gewährleisten. Furchtbar ernst ist die Situation. Von der Entscheidung über Oberschlesien hängen das Schicksal Deutschlands und die Daseinsbedingungen der ganzen Welt ab. Noch oder brauchen wir nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, daß Gerechtigkeit und Menschlichkeit über eine Politik, die darauf beruht, Deutschland zu erlösen. Noch dürfen wir hoffen, daß der gute Geist den

erringen wird, nicht unersetzbar, sondern um der ganzen Welt willen.

Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Reichstag und Steuergesetz.

Dem Reichspräsidenten Loebe ist die Ermächtigung erteilt worden, den bis zum 6. September vertagten Reichstag früher einzuberufen, falls wichtige Vorgänge auf dem Gebiete der auswärtigen Politik dies notwendig machen sollten, und den Tag des Wiederzusammentritts etwas hinauszuschieben, falls die neuen Steuergesetzentwürfe bis Anfang September noch nicht fertig sein würden. Ob der erste Fall eintreten wird, läßt sich gegenwärtig noch nicht sagen, was aber den zweiten Fall anbetrifft, so ist, dem Vernehmen nach, schon jetzt festzustellen, daß die neuen Steuergesetzentwürfe bis Anfang September noch nicht so weit sein werden, daß der Reichstag darüber verhandeln könnte. Die Ausarbeitung der neuen Steuergesetzentwürfe geht langsam vor sich und ihre Behandlung im Reichsrat erfordert weit mehr Zeit, als ursprünglich angenommen wurde.

Reform der Krankenpflege in Preußen.

Auf Anregung des Reichsverbandes der privaten gemeinnützigen Kranken- und Pflegeanstalten Deutschlands, der bei dem preußischen Ministerpräsidenten Stegwald bezüglich dringender Fragen in der gegenwärtigen Krankenhauspolitik vorstellig geworden war, hat dieser eine Konferenz von Sachverständigen einberufen, die nunmehr getagt hat. Alle einschlägigen Angelegenheiten wurden eingehend erörtert und mannigfache Anregungen zu einer Verbesserung und Verbesserung der Krankenhausbetriebe gegeben. Ministerialdirektor Gottstein stellte entsprechende Richtlinien in Aussicht. Auch wurde die Notwendigkeit einer engen Arbeitsgemeinschaft zur Lösung der vorhandenen Schwierigkeiten zwischen den Vertretern der verschiedenen Arten von Krankenanstalten und den Krankenkassen von allen Seiten betont.

Ein Engländer über die schwarze Besatzung.

Ein Sonderkorrespondent des „Manchester Guardian“ schreibt seinem Blatt über die Besatzungstruppen am Rhein. Nach einer Auseinandersetzung über das fast freundschaftliche Verhältnis der englischen und amerikanischen Truppen zu der Bevölkerung spricht er über die Schwarzen in Mainz und Wiesbaden. Man braucht nur, so schreibt er, diese Ortschaften eben zu besuchen, um die Verfassung der deutschen Bevölkerung gegen diese Truppen zu verstehen. Ganz abgesehen von den Beispielen tierischen Betragens, ist allein das Herumlaufen auf den Straßen und Bahnhöfen eine Beleidigung und Erniedrigung selbst für den Fremden.

Untersuchung im Fall Frauenborfer eingeleitet.

Die Staatsanwaltschaft hat die Untersuchung in Sachen Frauenborfer eingeleitet. Die technische Anklage, die in Frauenborfers Auftrag die Fallschirme anfertigte, war in das strafrechtliche Verfahren nicht mit einbezogen, da die Nachbildung historischer Münzen nicht strafbar ist und die Firma auch schon durch die Person des Auftraggebers in gutem Glauben handelte. Die bis zu seiner Beurlaubung von Frauenborfer geleitete Zweigstelle Bayern des Reichsverkehrsministeriums erläßt einen Nachruf, in dem zum Schluß betont wird, daß Frauenborfers Verdienste und Erfolge über seinem tragischen Schicksal nicht vergessen werden dürfen.

Frankreich.

Die deutschen Sachlieferungen. Auf eine Anfrage, ob durch die direkten Verhandlungen zwischen der französischen und der deutschen Regierung über die Sachlieferungen nicht die Reparationskommission umgangen werde, erklärte Ministerpräsident Briand, er sehe nicht auf dem Standpunkt, daß die Verhandlungen so gedeutet werden könnten. Abgesehen erklärte Ministerpräsident Briand es für unrichtig, daß Deutschland ermächtigt worden sei, durch Sachlieferungen fünf Achteil der fälligen Summen zu bezahlen, und daß in Deutschland Lokomotiven und Waggon auf Konto Reparationen bestellt worden seien.

Spanien.

Die spanische Niederlage in Marokko hat sich nachträglich als viel schlimmer herausgestellt, als man anfänglich annahm. Die Eingeborenen eroberten den festen Punkt Annual mit derartigem Ungestüm, daß jeder Widerstand geruchlos auf dem Rückzuge erlitten die Spanier große Verluste. Der kommunistische General Snydler soll sich mit einer Anzahl Offiziere selbst den Tod gegeben haben, als alles verloren war. Raub- und Mordtaten wurden er von den Aufständischen niedergemacht. In Spanien herrscht große Aufregung. Verstärkungen sind abgegangen.

Russ In- und Ausland.

Berlin. Die „Telegraphen-Linien“ verbreiten eine Meldung von einem bevorstehenden Zinkstreich, der angeblich von Frankreich durch Geld unterhalten werde. Da die „Z.-L.“ selbst ihre Nachricht mit einem Fragezeichen versehen, muß abgewartet werden, ob es sich um mehr als ein Gerücht handelt.

Kassel. Der Schmiedemeister Günther und zwei Schmiedegesellen aus Büdingen wurden bei Entlohnungsarbeiten vom Bilo erschlagen.

Berlin. Nach einer Havasmeldung aus London ist das Wahlsystem im Verkehr zwischen England und Frankreich vom 25. Juli ab für die Staatsangehörigen beider Länder aufgehoben.

Paris. Der „Agence Havas“ wird aus Angora gemeldet, es habe eine erbitterte Schlacht stattgefunden, die zugunsten der Türken gelaufen habe. Die Griechen hätten zahlreiche Gefangene, acht Geschütze, mehrere Maschinengewehre und viel Munition und Kriegsmaterial verloren.

London. Die Statthalterin Gräfin Marckevicz, die gegen Ende 1920 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt wurde, ist heute freigelassen worden.

Affenraub aus politischen Gründen.

10000 Mark Belohnung.

Berlin, 25. Juli.

Der in Berlin-Charlottenburg wohnende frühere russische Oberst Freyberg war vor einiger Zeit von linksradikaler Seite beschuldigt worden, er betreibe Anwerbungen für russische Truppenformationen, welche die Sowjetregierung bekämpfen. Die Sowjetregierung soll deshalb in Berlin angefragt, die eingeleitete Untersuchung aber kein Ergebnis gebracht haben. Jetzt drang eine Anzahl als Polizeibeamte verkleidete Leute in die Wohnung des Obersten ein, bedrohten die Frau und einen anwesenden russi-

schen Kapitän mit Revolvern und nahmen drei Koffer mit Aktensachen, Papieren usw. des nicht anwesenden Obersten mit sich. Der Verhaftete sagt aus, der Überfall wäre von verkappten Bolschewiken ausgeführt worden. Die Berliner Polizei hat auf die Entdeckung der Täter eine Belohnung von 10000 Mark ausgesetzt.

Gerhart Hauptmann an Gorki.

Deutschlands Hilfsbereitschaft für Rußland.

Den bekannten telegraphischen Notruf Maxim Gorkis an Gerhart Hauptmann um Sendung von Lebensmitteln und Medikamenten an das von Hunger und Seuchen bedrohte russische Volk hat der deutsche Dichter in einem Telegramm beantwortet, in dem er u. a. sagt:

„Die ganze zivilisierte Welt hat Ihren Notruf gehört. Sie haben durchaus recht, wenn Sie sagen, der Glaube an Humanität sei durch den verfluchten Krieg und darauf folgenden Frieden, der noch immer Kriegsbemalung trägt, tief erschüttert worden. Hoffen wir, daß der jetzigen Verfinsternung die Erleuchtung folgen wird. Lassen Sie uns mit zusammengebrachten Kräften den Glauben an diese kommende Erleuchtung aufrechterhalten. Je mehr die Welt instand ist, Hunger und Krankheit zu bekämpfen, um so tiefer wird sich die Menschheit erheben. Das deutsche, schwerkriegsgeplagte, doch allzeit hilferebere Volk ist schon heute durch den Ruf aus dem Osten tief erregt und bewegt, und ich darf getrost sagen, daß Volk und Reichsregierung in dem innigen Wunsch einig sind, nach bestem Vermögen tatkräftige Hilfe zu leisten.“

Weniger vom menschlichen und mehr vom politischen Standpunkt haben die praktischen Amerikaner den auch an Sie ergangenen Ruf aufgenommen. Hoover hat an Gorki telegraphiert, die unerlässliche Vorbedingung für freilich den Bestand sei die sofortige Freilassung der noch in Rußland gefangen gehaltenen Amerikaner.

Ein französischer Kriegsverbrecher.

180 deutsche Kriegsgefangene niedergemacht.

Paris, 25. Juli.

In dem Anstehenden Blatt „Humanité“ erhebt Henri Barbus, der Verfasser des bekannten Kriegstomans „Feuer“ gegen den Hauptmann Martin vom 134. Infanterie-Regiment die Anklage, daß er bei Meun 180 deutsche Kriegsgefangene in einem Schützengraben nach beendetem Kampf habe niederschließen lassen. Als die Detachement zurückkam, habe der Oberst sich über die geringe Anzahl von 20 Gefangenen gewundert. Hauptmann Martin habe erklärt: Die andern sind unten im Schützengraben geblieben. Nach dem Kriege habe der inzwischen zum Major beförderte Hauptmann Martin sich dieser Tat gerahmt.

Ob Herr Briand und die französische Presse, die gemeinschaftlich so scharfe Worte über die Leipziger Urteile zu finden wußten, nunmehr auch moralische Unterstützung genug aufbringen werden, um eine Untersuchung der von Barbus ans Licht gezogenen Tat vor aller Öffentlichkeit zu verlangen? Nach den bisherigen Erfahrungen scheinen dazu keine besonders günstigen Aussichten zu bestehen.

Arbeiter und Angestellte.

Köln. (Zahlung der Zeitungen.) Die Kölner Buchdrucker haben die Arbeit niedergelegt. Die bürgerlichen Blätter Kölns werden bis auf weiteres nicht erscheinen. Den Grund des Ausstandes bilden Lohnstreiks. Wahrscheinlich wird vom Verlage der „Kölnischen Zeitung“ eine „Kölnische Rotzeitung“ herausgegeben.

Greifswald. (Ende des Landarbeiterstreiks.) Der Landarbeiterstreik im Kreis Greifswald ist beendet. Auf sämtlichen Gütern wird wieder gearbeitet. Auch im Bezirk Bützow, wo an zwölf Gütern gestreikt wurde, ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

Straßburg. (Elektrizitätsarbeiter streik.) Die Elektrizitätsarbeiter haben eine von der Direktion verfügte 25 prozentige Lohnherabsetzung abgelehnt und sind in den Streik getreten. Die Stromlieferung ist unterbrochen. Im ganzen Unterelsaß sind die Metallarbeiter ausgeperrt.

Lissa. (Bedrohliche Arbeiterbewegung.) Die Entsendung von Truppen nach dem Streikbezirk von Robe haben unter den Arbeitern, die wieder geheime Zusammenkünfte zur Gründung einer nationalen Gewerkschaft abhielten, Erregung hervorgerufen. Man machte sich auf einen Generalstreik von 200 000 Arbeitern in Lissa gefaßt, wenn nicht die Arbeitszeit gekürzt und die Löhne erhöht würden. In Robe hätten die Arbeiter in den Arsenalen Streikversuche unternommen.

Sächliche und lokale Mitteilungen.

Rauhenhof, den 26. Juli 1921.

Wertblatt für den 27. Juli.

Sonnenaufgang	4 ¹¹	Monataufgang	10 ¹¹
Sonnenuntergang	7 ¹¹	Monatuntergang	12 ¹¹

1890 Beginn der Pariser Kulturrevolution. — 1916 Anthropolog Johannes Ranke gest.

Personalausweise für Reisen ins besetzte Gebiet. Die seit kurzem verschärfte französische Visakontrolle in den rheinischen Schneisezügen gibt der preussischen Regierung Veranlassung, an die bestehenden Bestimmungen zu erinnern. Nach der von der internationalen Rheinlandkommission in Koblenz erlassenen Verkehrsverordnung bedürfen die im unbesetzten Deutschland wohnenden deutschen Staatsangehörigen zur Einreise in das besetzte Gebiet eines von der zuständigen Ortspolizeibehörde ausgestellt, mit Lichtbild versehenen Personalausweises. Außerdem müssen alle Personen, die ihren Wohnort im besetzten Gebiet nehmen wollen, einen schriftlichen Antrag auf Genehmigung der Niederlassung bei der deutschen Polizeibehörde des Ortes, an dem sie sich niederlassen wollen, einreichen.

9. Konzert.

Mittwoch, d. 27. Juli 4 Uhr nachm. (Bismarckhütte)

1. Friedensbanner! Marsch Leike
2. Ouverture z. Op. „Die Stallener in Nigler“ Rohini
3. Tropol in Lieb und Lang. Diverissement Freiras
4. Einzug der Böller aus „Abingold“ Wagner
5. Myriadenblüten! Walzer Arufe
6. Musikalisches Wandspanorama. Polpourri Utnke

— Unsere
Werk- und
Korbu
unge w
hnl
jeht in
Sad
leichten
Wden
ferden,
obwohl
der Ent
wicklung
fällt, m
üssen
ber Kar
stoffe
wird, als
wir so
len Bes
änden
— Raunh
a den d
des Herr
Besuches
wegen

— Vom
nächster
Zeit me
Steuere
bedeide
bei dem
Finanz
regelmä
mäßig
unnd
werden
obne die
Steu
geschrie
benen
Brie
Brisum
schläge,
a
weises
bedeuf
samme
zubewah
ren. In
die die
Wschit
ha
beschei
des noch
je
in Zahl
zu der
Zustell
ung zu
anleite
müß hier
schaffen
durch
Vor
Weiter
kann der
bergl. u
Bebedu
Annahme
von Ar
nahmest
stellen
Aus
den leht
Tagen
sorderli
che noch
na

— Ende
Juli geht
allmäh
lich der
Wden
mit der
Morgens
südlich,
dann in
Anfang
August,
schlich
Tenen
D. Von
jeht an
Ank
geograph
ischen
Br
unter
den Hor
izonten
oberen
Z
vermögen
und wie

— Das
Aus
guter
Lern
wärtig
die deut
sche
von über
30 Mil
füll
von
mindest
neuen
Tarif
höhen
deutschen
Wirtschaft
Eisenbah
nen zu be
erhöhen.
Daz
gegenüber
früher
ste
langsam
aber
stetig

— Der
Schiff
einer
Eingabe
des
forder
wurde,
dah
sam
lungen
den
verglie
werde,
wel
Der
Land
lag hal
beruhen
lassen
und
sichtigung
überwie
wie der
„Schl.
3. a
auf
Grund
des 2
fügt,
daß
die 2
der
von 25
auf 3

— Unenig
Regierung
ist erfu

Im W

— A
er
Kohlen
bä
er, a
Water
Pla
betrach
tete, d
urch
pim
Eigen
ein.
Dann
besam
rühpre
te sich
ein
Rost
ische,
in der
„Da
und
der
Zu
Zur
Draf,
so
we
kam
eigen
lich,
un
delte
sich
näm
lich
ohne
jede
Vorber
atung

— G
lingen,
ber
achte,
worau
f
etwas
präfer
en
als
er
diese
bist
der
völlig
unver
gipfel
ten.
Trotz
dem
entg
stehe
vollkom
men
ich
fragen,
woru
in
Der
Kohlen
bä
mann,
Gerr
Draf
auch
diese
Ver
ernäh
nung
des
G
lingen
beg
lich
zu
lösch
en,
un
ab,
was
folgen
un
W
ehr
mann
ich
sein,
sah
zu
Bode
In
dies
em
Die
heret
un
s
dieten
dürf
te.
W
ehr
mann
at
Mein
er.
W
eile
ich
Der
Wein
to

rei Koffer mit
besten Ober-
sack wäre
worden. Die
Zier eine Be-

Gorki.

ußland.
Maxim Gorki
Lebensmitteln
und Seuchen
hier in einem
agt:
auf geht. Sie
be an Humanität
folgenden Frie-
tel erstütert
derung die Ge-
samengröße
faltung auf-
gung und
die Menschheit
allseitig bis-
den Osten tief
das Volk und
nd, nach bestem
om politischen
mer den auch
ber hat an
ebingung für
g der noch in

Brecher.

macht.
25. Juli.
nit" erhebt
anten Kriegs-
artin vom
er bei Fleury
schengraben
en. Als die
über die ge-
auptmann
im Schützen-
inzischen
ch dieser Tag

te.

gen.) Die
gelegt. Die
weiteres nicht
lben Lohn-
berträge der
ng" heraus-

arbeiter.

Greifswald
er gearbeitet.
tern gestreikt
rden.
er freil.)
r. Diktation
geleht und
ig ist unter-
tellarbeiter

wegung.)

Streitigkeit
der geheime
den Gewerks-
a mache sich
en Tokio ge-
e Löhne er-
ten Krise-

lungen.

26. Juli 1921.

10^{er} R.
12^{er} R.
1918 Anthro-

Gebiet.

Die
olle in den
Regierung
gen zu er-
einlandfom-
rdnung be-
enden deut-
besezte Ge-
erde ausge-
laudwelsch.
ohnst im
den Antrag
schen Pos-
sen wollen,

ardhütte)

Lehe
Kohini
Freiras
Wagner
Kruke
Utker

— **Unsere Kartoffelernte ist in Gefahr.** In West- und Norddeutschland herrscht bereits seit Monaten eine ungewöhnliche Trockenheit. Sie beginnt sich auch jetzt in Sachsen bemerkbar zu machen. Auf den leichteren Böden fangen die Kartoffeln an umzufallen und abzuferben, obwohl die Ansohlenbildung sich noch im ersten Stadium der Entwicklung befindet. Wenn nicht bald Regen fällt, müssen wir mit einem erheblichen Ausfall bei der Kartoffelernte rechnen, der um so empfindlicher sein wird, als wir so wie so eine größere Anzahl Felder mit schlechten Beständen auszuweihen haben.

— **Kaunhof.** Der am Sonnabend angelegte Niederabend des Herrn Paul Sonntag-Weipzig fand des schwachen Besuches wegen nicht statt.

— **Vom Finanzamt** wird uns geschrieben: In aller nächster Zeit werden den Abgabepflichtigen die einseitigen Steuerbescheide über das Reichsnotopfer zugehen. Anfragen bei dem Finanzamt über die Höhe des Notopfers sind deshalb regelmäßig unnötig und erschweren nur den Geschäftsgang bei den ohnehin überlasteten Steuerbehörden. Im Allgemeinen werden die Steuerbescheide den Steuerpflichtigen durch eingeschriebenen Brief zugehen. Es wird dringend empfohlen, die Briefumschläge, auf denen sich der wegen des Justiznachweises bedeutsame Postaufgabestempel befindet, einige Zeit aufzubewahren. Insbesondere müssen dies die Personen beachten, die die Absicht haben, nach Justizteilung des einseitigen Steuerbescheides noch selbstgezeichnete Anträge zum Vorzugskurs in Zahlung zu geben, was noch innerhalb eines Monats nach der Justizteilung zulässig ist. Den Antragsstellen für die Anträge muß hierbei ein Nachweis über die Justizteilung, am einfachsten durch Vorlegung des Briefumschlags, erbracht werden. Weiter kann der Briefumschlag auch für Rechtsmittelstreifen und dergl. von Bedeutung sein. Ueber die Bedingungen für die Annahme von Anträgen zum Vorzugskurs geben die Antragsstellen Auskunft. Es empfiehlt sich, diese nicht erst in den letzten Tagen der Frist anzugeben, damit das etwa Erforderliche noch nachgeholt werden kann.

— **Ende der hellen Nächte.** Im Laufe des Monats Juli geht allmählich die Periode der hellen Nächte, die Zeit, in der sich die Abenddämmerung über Mitternacht unmittelbar mit der Morgendämmerung vereinigt, zu Ende, zuerst in der südlichen, dann in der nördlichen Hälfte Deutschlands. Am spätesten, Anfang August, verschwindet die Mitternachtsstunde in den nördlichsten Teilen Deutschlands, in Schleswig und Ostpreußen. Von jetzt an sinkt die Sonne, von südlichen nach nördlichen geographischen Breiten fortschreitend, nachts mehr als 18 Grad unter den Horizont, so daß ihre Strahlen die noch nicht reflektierenden oberen Atmosphärenschichten nicht mehr zu erleuchten vermögen und wieder volle Dunkelheit eintritt.

— **Das Risiko der Fahrpreiserhöhung.** Aus guttunlichstren Kreisen erzählt die „S. Z.“, daß gegenwärtig die deutschen Eisenbahnen mit einem jährlichen Fehlbetrag von über 30 Millionen Mark arbeiten und sich ein Jahresdefizit von mindestens 10 Millionen Mark ergeben würde. Die neuen Tarifserhöhungen für Personen und Güter haben der deutschen Wirtschaft erheblich geschadet, ohne die Finanzen der Eisenbahnen zu bessern. Trotzdem spricht man von neuen Preiserhöhungen. Dazu kommt, daß auch die Leistungen der Bahn gegenüber früher sich nur nicht gebessert haben, sondern daß sie langsam aber sicher zurückgehen.

— **Der sächsische Landtag** hatte sich vor einiger Zeit mit einer Eingabe des Bezirksrates Lübau zu befassen, in der gefordert wurde, daß den Mitgliedern der Bezirksverwaltung in den eingangenen Arbeitsverträgen bei Sitzungen vergütet werde, weil die Tagelöhner bei weitem nicht ausreichen. Der Landtag hatte damals den ersten Teil der Eingabe auf sich beruhen lassen und den zweiten Teil der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Die sächsische Regierung hat nunmehr, wie der „Sächs. Zeitungsdienst“ an ausländischer Stelle erfährt, auf Grund des § 2, 2 des Gesetzes vom 14. April 1920 verfügt, daß die Tagelöhner für Bezirksratsmitglieder von 25 auf 35 Mark heraufgesetzt werden.

— **Unentgeltliche Geburtshilfe.** Die sächsische Regierung ist ersucht worden, dem Reichsausschuß des säch-

sischen Landtages baldigst ein Gesetz über die Reform des Hebammenwesens vorzulegen, das die beamtete Stellung der Hebammen und die unentgeltliche Geburtshilfe vorsieht.

— **Beschaffungsbeihilfe für die Sinterbliebenen von Gefangenen und Vermissten.** Der Reichsminister des Innern hat bestimmt, daß als außerordentlicher Termin zur Einreichung von Anträgen auf Genehmigung der nachträglichen Bezahlung einer Beschaffungsbeihilfe an die bedürftigen Angehörigen von Gefangenen und Vermissten der 31. Juli festgesetzt wird. Nach dieser Zeit etwa noch eingehende Anträge werden ohne weiteres abgelehnt. Im Hinblick auf diese kurze Frist möchten wir allen beteiligten Interessenten dringend raten, allerhöchstens ihre Gesuche, denen der Entlassungsschein beizufügen wäre, an die zuständige Stelle einzureichen.

— **Staatsminister a. D. Emil Nitzsche** kehrte Montagabend verschied in Leubsch nach 11-jährigem Verbleiben, das er infolge geistiger Ueberanstrengung zugezogen hatte, der demokratische Politiker und sächsische Staatsminister a. D. Emil Nitzsche im 51. Lebensjahre.

— **Zahlreiche Sternschnuppenfälle** werden für das letzte Julidrittel angelegt.

— **Beim Reisen** ist in der Bahn Vorsicht im Gespräch mit Unbekannten über politische Dinge geboten, da wir leider eine zu große Zahl von Verrätern in den eigenen Reihen haben.

— **Sorgfältige Verpackung von Bilder sendungen.** Eingekammt, mit einer Glasplatte versehen Bilder gehören zu den leicht zerbrechlichen Gegenständen, die zur Postbeförderung nur bedingt zugelassen sind. Für solche Sendungen wird nach den Postvorschriften kein Ersatz geleistet, wenn sie infolge ihrer Beschaffenheit oder ihrer Verpackung beschädigt werden. Den Versendern von Bildern mit Glasplatte sowie von leicht zerbrechlichen Gegenständen überhaupt ist daher dringend zu empfehlen, derartige Gegenstände durch Holzmulde, Weispappe oder anderen geeigneten Stoff auf allen Seiten gegen äußere Einwirkungen gut zu schützen und zu ihrer Verpackung möglichst dauerhafte und standfeste Holzboxen zu verwenden.

— **Von jetzt an** sind auch in der Richtung aus Belgisch-Kongo nach Deutschland Postanweisungen durch Vermittlung der belgischen Postverwaltung zulässig.

— **Der deutsche Postverkehr** hat 1920 einen gewaltigen Aufschwung genommen und die Reichspostverwaltung vor Aufgaben gestellt, die eine Reihe durchgreifender Neuerungen und eine Umstellung der Betriebseinrichtungen erforderlich machten. Da durch den Übergang der Postverwaltungen in Wapen und Württemberg auf das Deutsche Reich am 1. April 1920 ein einheitliches deutsches Postwesen gebildet worden ist, erscheinen in dem Geschäftsbericht für 1920 zum ersten Mal die Ergebnisse für das ganze Deutsche Reich. Die Zahl der Postfachkunden ist von 437 667 Ende 1919 um 184 676 oder 42 v. H. auf 622 343 Ende 1920 gestiegen. Der Gesamtwert betrug bei 335 Millionen Buchungen rund 684 Milliarden Mk., d. h. gegen das Vorjahr 446 Milliarden Mk. oder 188 v. H. mehr. Bargeschäft wurden 556 Milliarden Mk. oder 81 v. H. des Gesamtumsatzes beglichen. Das Guthaben betrug von 3,4 Milliarden Mk. Ende 1919 auf 7,8 Milliarden, also um 4,2 Milliarden Mk. zugenommen. Die Gesamteinnahme aus dem Postverkehr betrug 232 Millionen Mk. In diesen gewaltigen Verkehrsziffern spiegelt sich die deutsche Weltwirtschaft wider. Wenn gleich die hohen Umsätze zum Teil auf die Geldbewertung zurückzuführen sind, konnten die günstigen Ergebnisse doch nur dadurch erzielt werden, daß die Erkenntnis von den Vorzügen und Vorteilen des Postverkehrs im deutschen Volk allgemein Eingang gefunden und, wie der Zugang von rund 185 000 Postfachkunden, die Umsätze des bargelosen Zahlungsausgleichs und die 335 Millionen Buchungen darlegen, zu einer ausgiebigen Benutzung der Postdienstleistungen angeregt hat.

— **Der Salome-Fogtrott**, der heute überall die Herrschaft ausübt, hat seinem (in Wien lebenden) Schöpfer Robert Stolz bisher ein Gesamthonorar von nicht weniger als 32 Millionen deutsch-österreichischer Kronen eingebracht. Der Einfall einer glücklichen Stunde, eine Melodie, ein Rhythmus der sich einschmeichelt, und die langzuflügelte Welt antwortet mit einem Millionenbetrag.

— **In Gießhain** ist am Sonnabend die Scheuerluchweberei von Seifert niedergebrannt. Alle Webstühle sind mit vernichtet. Der Schaden ist sehr groß. Die 40 in der Fabrik beschäftigten Arbeiter sind dadurch verdienstlos geworden. Das Feuer ist vermutlich durch Kurzschluss entstanden.

— **Mittweida.** Eine Versammlung der Landwirte von Mittweida und Umgegend nahm eine Entschliessung an, in der

schärfer Einspruch erhoben wird gegen die in wiederholten Fällen erteilte Erlaubnis des Verkaufes von Landgütern, gleich welcher Größe, an Nichtlandwirte.

— **Oschatz.** Der Landarbeiterstreik ist beendet, die Arbeit ist am Sonnabend Vormittag in allen Betrieben wieder aufgenommen worden.

— **Clausnitz b. Burgstädt.** Der Gemeinderat beschloß die Einführung der kollektiven Totenbestattung ab 1. Oktober d. S. und nahm ein Darlehn auf von der Gemeinde Brunnhöbra in der Höhe von 180 000 Mk. zum Bau von Wohnhäusern.

— **Riesa.** Drohende Einstellung der Elbschiffahrt. Der Wasserstand der Elbe ist in den letzten Tagen außerordentlich stark zurückgegangen. Wenn die Höhe noch weiter anhält, muß mit einer unmittelbar bevorstehenden Einstellung des Großschiffverkehrs auf der Elbe gerechnet werden. Die Frachtlöhne können schon jetzt nur noch zum geringen Teil bedafien werden; ebenso dürfen die Personendampfer nur noch eine beschränkte Anzahl Personen an Bord nehmen.

— **Dresden.** 600 000 Einwohner. Die Einwohnerzahl Dresdens hat zum ersten Male die 600 000 überschritten. Sie beträgt nach Einverleibung verschiedener Vororte jetzt 600 382.

— **Dresden.** Der Kriegsminister des Jaren Suchomlinow, dem man bekanntlich auch den Hauptteil der Schuld am Weltkrieg zupräch, hält sich seit einiger Zeit in Weiher Kirsh auf.

— **Kamenz.** Das seit vielen Jahrhunderten gefeierte Kamener Forstfest, eine Erinnerung an die Drangsalierung der Stadt Kamenz und der Lausitz durch die Kuffiten, wird in diesem Jahre vom 21. bis 26. August festlich begangen. Die Haupttage sind Montag, der 21., und Donnerstag, der 25. Aug. An diesen Tagen finden festliche Auszüge von etwa 2000 Kindern statt.

— **Augustsburg.** 16 Stück Bijamralien hat der in Augustsburg wohnhafte Bijamralienhändler am 15. d. Mts. auf dem Wiesengrundstück von Emil Weidbach, hier, in einem Bau erlegt.

— **Eine Plauerer Firma** hat eine Erfindung gemacht, die eine große Umstellung der Stickereiindustrie herbeizuführen geeignet ist. Mit dem sogenannten Kettenstick wird eine Art Stickerei hergestellt, die durch ihr gefälliges Aussehen und ihre Wohlfeilheit geeignet sein soll, die Stickerei allen Kreisen zugänglich zu machen. Durch diesen Kettenstick wird die Verwendung härterer Garne ermöglicht.

— **Plauen.** Lieber in den Tod als in die Fremde. Hier hat eine 23 Jahre alte Fabrikarbeiterstochter ihrem Leben durch Gasvergiftung ein gewaltiges Ende bereitet. Die junge Frau fürchtete sich vor einer Ueberbeladung nach Duisburg, wo ihr Mann Arbeit gefunden hatte, und ging lieber in den Tod.

— **Die älteste Turnersache** besitzt der Turnverein Reichenbach i. S. Sie ist vom sächsischen Turnvater Otto Leonhardt Heubner im Jahre 1821 gestiftet und von dessen Gattin gestiftet. Der Verein feierte vor kurzem das 100-jährige Jubiläum.

— **Lübau.** In der letzten Sitzung des Bezirksrates wurde die Luxussteuer um 300 Prozent erhöht. Der Entwurf des Gesetzes hatte für Luxussteuer nur 500 Mk. und für solche, die auch für schwere Arbeit gebraucht werden, 300 Mark Steuer vorgesehen. Die Sozialdemokraten setzten jedoch eine Erhöhung auf 2000 Mk. und 500 Mk. durch.

— **Zittau.** Im Reiffetal brach dieser Tage in der Nähe der Station Rosenthal ein großer Waldbrand aus, den ein umfangreicher junger Nadelbestand zum Opfer fiel. Obgleich sofort Hilfe zur Stelle war, breitete sich das Feuer immer mehr aus und konnte erst nach Eintreffen der Feuerwehren der ganzen Umgebung gelöscht werden. Der angerichtete Schaden ist sehr groß.

— **Ringenthal.** Ein Unwetter brach am vergangenen Sonntagabend über unsere Stadt und deren Umgebung herein, das mancherlei Schaden angerichtet hat. Der stürmende Regen war untermischt mit Hagel. Das Unwetter scheint in dem be-

Im Wechselspiel des Lebens.

Roman von Konrad Remling. 10

Alexander Kohlenhändler nahm Platz und lud den Grafen, den er, als Vater Margas, auch gewissermaßen als seinen Wost betrachtete, durch eine entsprechende Handbewegung ebenfalls zum Essen ein.

Dann begann er sich plötzlich wieder auf seine Pflicht, erülperte sich ein paarmal, kostete mit der Zunge nach der Kostprobe, in der der ominöse Brief lag, und fuhr fort: „Da uns der Zufall nun einmal hier zusammengeführt hat, Herr Graf, so wäre es mir lieb, wenn Sie — das heißt: ich kaum eigentlich, um mit meiner Tochter zu sprechen — es handelt sich nämlich um — Sie müssen verzeihen, wenn ich so ohne jede Vorbereitung — ich habe einen Brief erhalten, Herr Graf.“

„Ehlingen, der schon nach den ersten Worten Wehrmanns ahnte, worauf dieser hinaus wollte, konnte sich trotz seiner etwas prekären Lage eines leichten Lächelns nicht enthalten, als er diese hilflosen, halben Sätze hörte, die schließlich in der völlig unvermittelten Erwähnung irgend eines Briefes gipfelten.“

Trotzdem entgegnete er höflich und zuvorkommend: „Ich stehe vollkommen zu Ihrer Verfügung, Herr Wehrmann. Darf ich fragen, worum es sich handelt?“

Der Kohlenhändler richtete sich auf: „Sie sind ein Ehrenmann, Herr Graf!“

Auch diese Bemerkung schwebte ebenso in der Luft wie die Erwähnung des Briefes.

Ehlingen begünstigte sich deshalb damit, abermals verbindlich zu lächeln, und wartete mit diplomatischer Zurückhaltung ab, was folgen würde.

Wehrmann schien jetzt auf einen toten Punkt angelangt zu sein, sah zu Boden und schwieg.

In diesem Augenblick streckte Frau Kleiner den Kopf zur Tür herein und sagte, ob sie den Herren eine Entschuldigun anbieten dürfe.

Wehrmann antwortete erleichtert auf: „Sehr freundlich, Frau Kleiner. Vielleicht holen Sie ein Glas Wein.“

Der Wein kam, Wehrmann schenkte ein, und der Graf

griff in die Tasche, um dem Kohlenhändler eine Zigarette anzubieten.

„Danke verbindlich, Herr Graf.“

Die ganze Situation wurde dadurch gewissermaßen erleichtert, und die Stimmung der beiden erhob sich um ein Bedeutendes.

„Wesen Sie das!“ sagte Wehrmann nun wieder unvermittelt, wie er alles andere vorher gesagt hatte, griff in die Brusttasche und reichte dem Grafen den Brief.

Dann sah er, scheinbar uninteressiert, zum Fenster hinaus, richtete es aber ein, daß sein Blick den Grafen streifte, so daß er ihn dennoch beobachten konnte.

„Anfangs konnte er den Geschnad seiner Tochter nicht recht begreifen: der Graf sah ja entschieden vornehm aus; er war tadellos gekleidet, sorgfältig frisiert, und selbst das Monofel stand ihm gut. Aber die zahllosen Fältchen um die Augen, die schlaff herabhängenden Mundwinkel, und der sahle Teint, dazu der pechschwarze Schnurrbart, der offenbar gefärbt war, und das ergrante Haar — im hellen Lichte des Wohnzimmer machte das alles doch einen bedeutend weniger vorteilhaften Eindruck als vorhin in dem halb dunklen Korridor. Jetzt glitt ein eigentümliches Lächeln um den Mund Ehlingens, das ihn keineswegs veränderte, sondern ihn eher noch älter erscheinen ließ. Die Hände, in denen der Brief leise zitterte, waren lang und schmal und sorgfältig gepflegt; die Fingerringel glänzten, und an der linken Handelste ein schöner, großer Brillant, während die Rechte einen großen, fast plumpen Wappenstein mit rotem Stein trug.“

Der Graf sah sehr lange, wandte das Blatt mehrmals um und legte den Brief endlich, sorgfältig zusammengefaßt, wieder auf den Tisch.

Dann nahm er das Monofel aus dem Auge, hielt es gegen das Licht, hauchte dagegen und begann es zu pugen.

„Wohl lieber Herr Wehrmann,“ begann er endlich, während er ein leises, geringeltigiges Lächeln hören ließ. „Irgen Sie irgend welchen Wert auf solche anonyme Sendelesen?“

Der Kohlenhändler war sehr betroffen. Er hatte eigentlich eine andere Erwiderung erwartet. Sollte er und seine Frau sich doch getuschelt haben?

„Es handelt sich um den guten Ruf meiner Tochter, Herr Graf“ sagte er deshalb ziemlich brüt.

Ehlingen kniff die Augen zusammen.

„Ich muß sehr bitten, Herr Wehrmann, von meiner Seite ist nichts gefahren, was diesen guten Ruf irgendwie in Frage stellen könnte.“

„Und dieser heutige Besuch?“

„Bedeutet nichts weiter, als eine Huldigung, die ich der Künstlerin Margas Wehrmann darbringe.“

„Das war schon gesagt, und Wehrmann lächelte sich in der Tat ein wenig in die Enge getrieben. Vor allem sanken seine Fassung auf einen reichen und vornehmen Schwelger sohn dadurch eigentlich in ein Nichts zusammen. Trotzdem wagte er noch einmal einen, wenn auch erheblich gemilderten Vorstoß: „Es gibt aber doch Leute, die, wie Sie aus diesem Briefe erfahren, sich mit dieser Angelegenheit beschäftigen und es sogar wagen —“

„Rein verehrter Freund,“ und der Graf tat jetzt sehr herablassend, „bekannte Persönlichkeiten, wie Ihre Fräulein Tochter und wie ich es ja auch in gewissen Sinne bin, Persönlichkeiten, die gewissermaßen in der Öffentlichkeit stehen, müssen es sich eben auch gefallen lassen, daß man über sie spricht. Und dann: glauben Sie wirklich, daß es — unvorteilhaft ist für eine junge Künstlerin, wenn man ihren Namen in Verbindung bringt mit dem eines Grafen Ehlingen, eines Neffen seiner Durchlaucht des Fürsten von Buchau-Ehlingen? Ich denke nicht.“

„Gewiß nicht, Herr Graf.“

Wehrmann lächelte sich durch diese letzte Ausführung vollkommen geschlagen. Mehr noch; er glaubte sogar, dem Grafen ein Unrecht abbitte zu müssen.

„Nun also. Sie sind jedenfalls nach dieser Seite hin vollkommen beruhigt. Nicht wahr?“

Ehlingen, der im innersten Herzen froh darüber war, daß ihm dieser Sieg so leicht geworden, betastete nachlässig seine Stirn mit einem selbsternannten Finger. In Wirklichkeit hatte ihn die Angelegenheit doch ein wenig alteriert. So gewandt und routiniert er sonst in solchen Dingen war, mit den zunehmenden Jahren hatte er doch etwas von seiner früheren Bewandtheit und Spannkraft eingebüßt; und das machte sich jetzt bemerkbar durch das verstärkte Zittern seiner aristokratischen Hände und durch die hellen Schweißtropfen, die ihm auf die Stirn getreten waren.“

nachbarlichen Böhmen schlimmer gehaust und größeren Schaden angerichtet zu haben. Namentlich in Kirchberg und Ursprung hat das Unwetter durch Hagelschlag und zündende Blitze schweren Schaden angerichtet. In Kirchberg und Ursprung wurden je ein Anwesen mit Nebengebäuden eingedachert; in Kirchberg wurde auch ein 12jähriger Knabe vom Blitz erschlagen.

Nah und Fern.

○ Waldbrand am Riederwald. Auf dem Riederwald, in der Nähe des Riederwalddenkmals, brach ein Waldbrand aus, der eine ausgedehnte Fläche alten Waldbestandes vernichtete. Die Feuerwehren aus den benachbarten Orten des Rheingaus und französisches Militär konnten den Brand erst nach tagelanger Arbeit zum Stillstand bringen.

○ Ein neuer Weltpostvertrag. Anfang August tritt in Jermatt eine internationale Kommission zur Vorbereitung eines neuen Weltpostvertrages, der auf dem Weltpostkongress 1924 in Stockholm seine endgültige Form erhalten soll, zusammen. Er soll die in Kraft befindlichen einzelnen Verträge und Vereinbarungen zusammenfassen. In der Kommission werden sieben bis acht Staaten vertreten sein.

○ Fälschungen österreichischer Banknoten. Die Wiener Polizei hat eine Bande von Banknotenfälschern festgenommen, die Millionenbeträge ungestempelter Noten der österreichisch-ungarischen Bank mit dem roten ungarischen Notensymbol versah. Es wurde festgestellt, daß als Drucker der ehemalige Druckmeister der österreichisch-ungarischen Bank Otafel tätig war, während seine Geliebte und ein an der Börse nicht unbekannter Rentner Richard Braun für die Beschaffung ungestempelter Noten und Unterbringung der gestempelten Noten sorgten. Es wurden täglich 2500 Banknoten mit dem Stempel versehen.

○ Keine Beschränkungen des Fremdenverkehrs in Italien. Aus Rom wird berichtet, daß alle Beschränkungen

für den Fremdenverkehr in Italien durch Dekret vom 1. Juni aufgehoben worden sind. Der Fremde muß sich lediglich im Besitze eines Reisepasses befinden, der vom italienischen Konsulat zu visieren ist. Alle Zwangsmaßnahmen sind aufgehoben, mit Ausnahme der Zuckertarife. Brotmarken, fleischfreie Tage usw. sind bereits seit dem 1. Juni verschwunden.

○ Gustav Rabelburgs 70. Geburtstag. Der Lustspielbühler und ehemalige Schauspieler Gustav Rabelburg feierte am 26. Juli seinen siebenzigsten Geburtstag. Von seinen zahlreichen Lustspielen und Schwanen, die er zum Teil in Gemeinschaft mit Oskar Blumenthal und Franz von Schönthan verfasste sind „Großstadtluft“, „Im weißen Rößl“, „Der kleine Passagier“, „Goldfische“, „Die berühmte Frau“ und viele andere in fast allen deutschen Theatern mit großem Erfolg zur Aufführung gelangt.

○ Eine neue Stadt in Sachsen. Eine neue Stadt ist in der Nähe von Dresden entstanden. Die sächsische Regierung hat die Vereinigung der Gemeinden Deuben, Döhlen und Posthappel genehmigt. Die neue Stadt wird den Namen Freital tragen. Sie hat 30 000 Einwohner.

○ Hugo Stinnes im Automobil verunglückt. Der vielgenannte Großindustrielle Hugo Stinnes hat bei einer Autofahrt in Rieder-Wallau im Rheingau einen Unfall erlitten. Er wurde mit seinem Koffen aus dem Wagen geschleudert und erlitt dabei Kopfverletzungen, die seine Überführung in das Wiesbadener städtische Krankenhaus notwendig machten. Die Verletzungen sind nicht ernstlicher Natur. Der Autounfall ist dadurch entstanden, daß der Kraftwagen einem Radfahrer ausweichen mußte und dabei in einen Steinhäufen geriet.

○ Der Tod in den Bergen. Aus Heiligenblut wird gemeldet, daß ein Tourist namens Kurt Holzstein aus Halle a. S. durch Absturz vom Großglockner tödlich verunglückt ist. — In den Salzburger Alpen ist der Rinschener Juchistat Mag Adler in einem Schneesturm ums Leben gekommen.

○ Ein gefälschter Willenwechsel. Der in Langfuhr ansässige Kaufmann Wiedenhöft, der im städtischen Brennwerkamt in Langfuhr tätig war, hat sich schwere Wechselfälschungen zuschulden kommen lassen. Dem ehemaligen Langfuhrer Stadtrat Dr. Grünspahn wurde ein Wechsel über 1 400 000 Mark mit einem Akzept präsentiert, das Dr. Grünspahn als gefälscht zurückwies. Die Ermittlungen lenkten den Verdacht auf Wiedenhöft. Er wurde wegen Betruges und Urkundenfälschung verhaftet und ist auch gefänglich. Es hat sich bereits eine Reihe anderer Betrüger und Urkundenfälscher herausgestellt. Beamte, Offiziere und Kaufleute sind um Riesensummen geschädigt worden.

○ Neue Postkarten. In diesen Tagen werden die ersten neuen Postkarten zu 30 und 40 Pf. ausgegeben werden; da jedoch von den alten Postkarten noch große Vorräte vorhanden sind, wird die Neuausgabe zunächst nicht sehr häufig in Erscheinung treten. Für Kartenliebhaber werden die neuen Karten jedoch schon jetzt bei der Kartenverkaufsstelle des Briefpostamts, Berlin C. 2, abgegeben. Sie unterscheiden sich von den alten Karten (mit der blauen Germaniamarke zu 30 Pf.) durch das Markenbild, das unter der Wertzahl einen stilisierten reitenden Postillon darstellt.

Turnen, Spiel und Sport.

Wie erwerbe ich das Deutsche Turn- und Sportabzeichen? 1. Ich melde meine Absicht dem Verein und zahle 15 Mk. für ein Urkundenheft ein. Der Verein fordert dies durch die Ortsgruppe des D. T. u. S. an. 2. In das Urkundenheft habe ich mein Bild einzuliefern. Das Bild und meine Unterschrift müssen von meinem Verein beglaubigt werden. 3. Zu dem angelegten Termin stelle ich mich zur Prüfung ein. 4. Lieber Wiederholung einer nicht bestandenen Prüfung entscheidet der Prüfungsausschuss. 5. Nach Bestehen aller Prüfungen wird das Urkundenheft durch die Ortsgruppe des D. T. u. S. dem Deutschen Reichsausschuss in Berlin eingereicht.

— Redaktion: J. V. Sonnenschein, Druck und Verlag: G. G. & Co. in Naunhof —

Sonntag, den 31. Juli, Montag, den 1. August u. Dienstag den 2. August

Großes Naunhofer Schützenfest.

An allen 3 Tagen große öffentliche Ballmusik in der mit elektrischer Beleuchtung renovierten Festhalle.

Volksbelustigungen: Sonntag u. Montag nachmittag von 3—5 Vogelschießen mit Armbrust für Kinder mit darauffolgender Preisverteilung, Ballonaufstiege usw.

Dienstag großes Feuerwerk.

Sonntag u. Dienstag 1 Uhr Auszug der Schützen. Sonntag, Montag u. Dienstag Preisschießen. Dienstag Königsschießen.

Hierzu werden alle Bewohner von Naunhof u. Umgebung freundlichst eingeladen.

Der Schützenbund Naunhof und Umgegend.

Klein- und Mittelrentner-Verein
Donnerstag präzis 8 Uhr
Verammlung
im Kolbenburger Erker.
Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich. D. B.

300 Mark Belohnung
erhält derjenige, der mir nachweist, wer mir am Mittwoch, den 20. 7. vorm. 1/10 Uhr im Grundstück des Herrn Dr. Richter, Gartenstrasse mein Rad (Marke Dürkopp) gestohlen hat.
Frau Winter,
König-Albertstrasse 14.

Anständiger junger Mann sucht
Schlafstelle.
Angebote unter „Sch. M.“ an die Expedition des Blattes.

Warnung!
Ich warne hiermit Seidemann, meinem Sohn Max Meißner etwas zu borgen, da ich nicht für ihn aufkomme.
Hermann Meißner.

ff. Hammelfleisch
Otto Wilh. Nebel,
Markt 8, Telefon 53.

Matjes-Fleringe
frisch eingetroffen
C. Hoffmann.

Bis zum Schützenfest
5% Rabatt
Schuhmachermeister **Ulbricht.**

Birnen
verkauft
Schüller, Erdmannshain.

Junges Mädchen
für kleineren Haushalt gesucht.
Zu erfragen in der Expedition dieses Blattes.

Kaufen Sie
jeht!
Es wird
teurer!



Vorteilhafte Bezugsquelle
für neue Fahrräder, beste bewährte Fabrikate für Herren, Damen, Knaben u. Mädchen, sämtliche Ersatzteile u. Zubehör, Fahrrad-Mantel und Schläuche in allen Größen, große Auswahl, mäßige Preise, sachmännliche Ausführung von Reparaturen unter Garantie.

Naunhof .. **Waller** .. Sangestr. 21
Aelteste Fahrradbau-, Motorwerkstatt und Handlung

Nachdem Erich Ebensteins Roman: „Die große Erbschaft“ im nächsten Hefte zum Abschluß kommt, bringen wir den Anfang des 53. Bandes des Buch-Romans u. d. Titel
von
„Zwei Bräute“
von Berta Heyn.
Der Roman zählt zu den besten Werken der einen großen Teil unserer Abonnenten schon bekannten Schriftstellerin. Der laute Charakter der schönen Heldin des Romans wird ihr im Sturm die Zuneigung aller Leser und Leserinnen erobern. Wir bitten, Bestellungen schon jetzt an den Austräger, Herrn **Lehmann, Parthenstraße 1, od. i. d. Exp. ds. Bl.** abzugeben.

Größeres **Schulmädchen** gesucht.
Bretlestr. 25.

Zum Waschen u. Plätten
Wäsche aller Art liefert schnell und sauber

Landwäscherei und Plättanstalt
Filiale Naunhof: „Edelweiss“ = Gartenstraße 41.

Gebr. Sofa Guterhollene
zu verkaufen
Leipzigerstraße 12.

Wäscherolle
zu verkaufen.
Su beschließen bei
Willy Perfurth, Baumstr.
Sind Sie schon Leser des Buchromans?

Für die uns aus Anlaß unserer Silberhochzeit entgegengebrachten Geschenke u. Glückwünsche sagen wir unseren herzlichsten Dank. ...

Otto Winkler und Frau
geb. Schmidt
Erdmannshain, den 19. Juli 1921.



Abrechtshain
Dieses Bl.

Nummer 8

Verteilung v
In der Zeit vom 28.
1921 werden auf
350 g
zum Preise von 2,40
Grimma, 27.

Be
betr.

Nach den Ue
über die Einkomm
(R. G. Bl. S. 8
1. April 1921 in
1921 an der Ste

Bei sämtlic
händigen — tritt
Jahres erfolg
Familienstand des
in § 45 a des gelt
Ermäßigung des e
Arbeitslohnes zur
Neuergelehes zu
Werbungskosten) e

- a) im Falle
um 0,15
Stunden,
 - b) im Falle
um 0,60
 - c) im Falle
um 3,60
 - d) im Falle
um 15 M
- Dafür sind von
Arbeitslohn zu kür
a) die Beitr
Angestellte
rungs-, V
Beiträge
schaftsver
und zu Pa
b) sonstige
gelehes (E
insbesonde
jedoch, in
eine Besch
Steuerobz
zu berücks
an Stelle

- 1.) In dem
Steuerabzugs für
nach § 13 des Ein
1. April 1921 bis
sind, tritt vom 1. Au
abzugsbetrags (von
a) um 0,60
Arbeitsloh
b) um 3,60
Arbeitsloh
c) um 15 M
Arbeitsloh
ein.
- 2.) Zum Ausg
Abzüge im Sinne
31. Juli 1921 nic
worden sind, beträgt
von 10 v. S. für
31. Oktober 1921 g
fällig gemachten W
a) 1,40 Mk.
lohns nach
b) 8,40 Mk.
Arbeitsloh
c) 35 Mk. m
lohns nach
3.) Bei Lohnz
anständig beschäfti
stellung der nach §